Sonnabend, 13. Juni 1925 • 73. Jahrgang Nr. 277

Berliner

Heute: Jede Woche Musik

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Volks-Zeitung

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Einheitsbrot 0,50	Reichsindex 136,1
Milch . . . . 0,2?	Strassenbahn . . . 0,15
Briketts Keller Ztr. 1,57	Hochb. Tlstr. II. 0,25, III. 0,15
Gaskoks Keller Ztr. 2,22	ganze Str. II. 0,30, III. 0,20
Strom o. Grundgeb. . . 0,16	Stadtbahn II. 0,25, III. 0,15
Gas 0,16. Wasser . . 0,17	Omnib. Teil 0,15, g. Str. 0,20

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch normal — Preise hoch

Rindfleisch 0,90—1,15, ohne Knoch. 1,20—1,60, Kalbfleisch 1,15—3,00, Hammelfleisch 1—1,40, Schweinefleisch 1,00—1,70, Gefrierfleisch 0,45 bis 0,90, Rückenfett 0,80—1,00, Schweineliesen 0,85—1,10, Rindertalg ausgel. 0,70—0,80, Salzheringe 0,05—0,10, Butter 1,70—2,20, Margarine 0,65—1,00, Eier St. 0,10—0,14, Kartoffeln 10 Pfund 0,38—0,40

Tel. 0,15, ausw. n. Zon. u. Zeit	Telegr. d. Wort Berlin 0,05
Rohrpostk. 0,36, brief 0,40	Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit.,
Postk. 0,03, F. u. Oest. 0,05	Ndrl., Schweiz 0,10, Frankr. 0,16
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10	Dtschöster., Norw., Tschech. 17
Brief 0,05, Fern- u. Oest. 0,10	Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Ausl. 0,25, Tschech u Ung 0,20	Russl. 35-41, Ver. Staat. 125-295

Was Paris angeblich antworten wird

Eine Inhaltsangabe des „Matin" – Der „versöhnliche Ton" der Antwort

Paris, 13. Juni. (W. T. B.)

„**Matin**" glaubt in der Lage zu sein, den **Inhalt der von der französischen Regierung an die Reichsregierung zu richtenden Note, verglichen mit den deutschen Vorschlägen wie folgt charakterisieren zu können:**

1. Garantiepakt zwischenden den am Rhein interessierten Mächten. Dieser Pakt ist nicht mehr auf 30 Jahre beschränkt und die Möglichkeit eines Krieges durch Volksabstimmung ausgeschlossen. Dadurch unterscheidet sich der jetzige Vorschlag von den ehemaligen Vorschlägen des Kabinetts Cuno. Dieser Gedanke wird restlos in der französischen Note angenommen.

2. Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland. Dieser Vorschlag wird angenommen und vervollständigt durch den Vorschlag des Abschlusses eines deutsch-belgischen Schiedsgerichtsvertrags.

3. Schiedsgerichtsvertrag mit verschiedenen Staaten. Frankreich erklärt, daß Verträge dieser Art mit Polen und der Tschechoslowakei unerläßlich sind. Es wünscht hier als Garant aufzutreten und betrachtet dies als die Vorbedingung selbst für den Abschluß eines Sicherheitspaktes am Rhein.

4. Deutschland hat verlangt, daß die Vereinigten Staaten Schiedsrichter und Garant dieser Pakte seien. Da Frankreich weiß, daß diese Einmischung in die europäischen Angelegenheiten der amerikanischen Politik zuwiderläuft, begnügt es sich damit, in seiner Note darauf hinzuweisen, daß es mit Freuden sehen werde, wenn die große amerikanische Nation an dem Sicherheitspakt sich beteiligen würde.

Der „Matin" fügt dieser Inhaltsangabe noch hinzu, da Frankreich das Recht erhalten werde, die entmilitarisierte Zone bei einer Verletzung des zwischen Deutschland und Polen abzuschließenden Schiedsgerichtsvertrags zu überschreiten, begreife man nicht die Erregung der polnischen Presse. Das Blatt ist der Ansicht, daß es notwendig ist, in die Schiedsgerichtsverträge eine sorgfältig abgewogene Begründung des Begriffs des Angreifens einzufügen.

London, 13. Juni.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, würde die französische Antwort auf den deutschen Sicherheitsvorschlag in versöhnlichen, ja beinahe sanften Ausdrücken gehalten sein, wobei nur ganz allgemeine Fragen behandelt würden, denn Frankreich habe sich jetzt der englischen Ansicht angeschlossen, daß Detailfragen für spätere Verhandlungen aufzubewahren seien, die nur verzögert würden, falls man schon jetzt die Detailfragen anschneide.

Wann kommt die Note?

Paris, 13. Juni.

Während der „Petit Parisien" die Ueberreichung der französischen Antwortnote für die nächste Woche ankündigt, berechten die Korrespondenten der hiesigen Blätter in Berlin, daß die Regierung des Reiches die Antwort bereits heute oder spätestens Montag erwartet.

Die Rettung Oesterreichs vor – Deutschland

Besprechungen zwischen Briand und Benesch

Paris, 13. Juni.

Briand hat gestern drei wichtige Unterhaltungen gehabt. Zuerst erschien der englische Botschafter Lord Crewe im Ministerium des Auswärtigen, um Briand über die englische Auffassung der Genfer Verständigung zu unterrichten.

Nach dem englischen Botschafter erschien der Vertreter Spaniens, der über die bevorstehende französisch-spanische Konferenz in Madrid zu sprechen hatte.

Danach kam aber der interessanteste Besucher: **Herr Benesch**, der nach einer langen Unterredung mit Briand auch mit den Herren Berthelot und Laroche konferierte. Dr. Benesch sprach zunächst über den Garantiepakt, dessen Abschluß er nach den Informationen aus guter Quelle wünscht, und setzte dann seine Auffassung über die Rettung Oesterreichs auseinander, eine Rettung im doppelten Sinne. **Die Oesterreicher sollen aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und vor dem Einfluß Deutschlands „gerettet" werden.** Wie das geschehen soll, ist in einigen Mitteilungen des „Petit Parisien" angedeutet, welche auf Briand zurückgehen sollen. Briand ist der Ansicht, daß Oesterreich fortan kein „Studiumobjekt" mehr sein soll, sondern daß es zur aktiven Teilnahme an der Politik herangezogen werden soll.

Wichtig sind auch die offiziösen Verhandlungen, die zwischen dem österreichischen Außenminister Dr. Mataja, Dr. Benesch und dem italienischen Delegierten in Genf stattgefunden haben, und die durch die Regierungen fortgesetzt werden sollen. Für die nächste Sitzung des Völkerbundsrates werden bestimmte Vorschläge vorliegen.

*

Der römische Korrespondent des „Daily Telegraph" bereitet darauf vor, man solle sich nicht wundern, **wenn eines Tages Italien die Annexion Oesterreichs fordern werde, und wenn Oesterreich schon annektiert werden soll** (worunter der deutsch-österreichische Zusammenschluß zu verstehen ist), **warum dann nicht von Italien.** Es fehle nicht an Anzeichen, daß solche Möglichkeiten in Rom erwogen würden, wo man schon seit Jahren von einer italienisch-österreichischen Zollunion spricht.

Lloyd George gegen die Poincaré-Politik

Eine Rede des Expremiers in Scarborough – Gegen die Vertragsüberspannung
Das Unrecht im Ruhrgebiet und in Oberschlesien – Gegen einen Unrechtspakt

London, 13. Juni. (W. T. B.)

Lloyd George erklärte in einer Rede in Scarborough, er könnte mindestens zwölf Streitigkeiten zwischen Nationen nennen, von denen jede zu offenem Konflikt führen könne, wenn nicht Mittel gefunden würden, um Reibungen zu vermeiden und diese Streitigkeiten durch friedliche und rechtliche Mittel zu beenden. **Eine Ursache von endlosen Schwierigkeiten sei die engherzige, ungerechte und harte Anwendung der Bedingungen des Versailler Vertrages.** Dieser sei ein schwerer Vertrag, aber dies sei um so mehr ein Grund, ihn mit Toleranz, Wahrheit und Weitherzigkeit auszulegen. Er enthalte Bestimmungen, welche es möglich machten, ihn von Zeit zu Zeit abzuändern und zu beschränken. Dies bedeute, daß die Bestimmungen, so hart sie auch seien, billig ausgelegt werden müssen. **Das geschehe aber nicht, und dies sei eine der Gefahren des Augenblicks.**

Lloyd George erwähnte das Ruhrgebiet, wo die Forderungen der Franzosen im großen und ganzen von einer Art seien, welche die Leidenschaften einer Bevölkerung, die ganz natürlich ihrem Vaterland anhänge, erregen müsse. In Oberschlesien sei nicht das Urteil gefällt worden, das man von einem unparteiischen, rechtlichen Tribunal erwartete.

Man nehme weiter den Fall der Nichträumung Kölns. Es gäbe nichts Gefährlicheres für den Frieden als die Besetzung eines Landes durch die Truppen eines anderen Landes. Die Engländer hätten Köln bereits im Januar räumen müssen, hätten es aber immer noch nicht getan. Weshalb? Die Franzosen entdeckten plötzlich, daß die Deutschen die Abrüstungsbestimmungen des Vertrages nicht durchgeführt hätten. Lloyd George fuhr fort, er sage keineswegs, daß der Vertrag nicht hier und da ein wenig verletzt worden sei, aber im wesentlichen hätten die Deutschen ihn durchgeführt.

Es sei ein wenig seltsam, daß er, der eine führende Rolle im Kriege gespielt habe, hierher komme, um für einen Feind zu plädieren. Er tue dies aber im Interesse der Gerechtigkeit und Billigkeit und als einer, der im Interesse des britischen Reiches seinen Namen unter den Vertrag gesetzt hätte.

Zur Paktfrage übergehend führt Lloyd George aus, er halte mit seinem Urteil zurück, bis er den Wortlaut der englisch-französischen Vereinbarungen kenne. **Er habe aber die Veröffentlichungen in der französischen Presse über den Pakt nicht gern gelesen.** Es scheine, daß Frankreich seine Grenzen durch England und Deutschland garantiert sehen wolle, daß es jedoch die Freiheit haben wolle, durch Deutschland zu marschieren, wenn ein Streit mit Polen, der Tschechoslowakei oder irgendeiner anderen Macht eintrete. Wenn Frankreich sagen würde, daß es in jedem derartigen Streitfall um einen Schiedsspruch ersuchen würde, so würde dagegen nichts einzuwenden sein, **aber wenn England dem Pakt beitrete,**

nur um Frankreich eine Sicherheit zu geben, die es ihm ermöglichen würde, ungestraft gegen Deutschland Krieg zu führen, so sei das ein Ereignis, welches die Engländer nicht billigen könnten.

Man müsse zusehen, daß in dieser Frage der richtige Schritt getan werde.

Lloyd George erklärte unter Beifall, vor allem müsse der Völkerbund gestärkt werde

Heute Holzarbeiteraussperrung

Der Beschluß des Arbeitgeberverbandes

Nürnberg, 13. Juni. (W. T. B.)

Der Arbeitgeberverband der Holzindustrie hat gestern abend in einer außerordentlichen Versammlung in Augsburg mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, ab heute, 13. Juni, sämtliche Holzarbeiter und Schreiner auszusperren. Die Aussperrung wird sich über ganz Deutschland erstrecken. Die Forderung von 1,12 Mark Stundenlohn wurde glatt abgelehnt, da die Industrie in ihrer jetzigen Wirtschaftslage eine solche Lohnerhöhung nicht tragen könne.

Schnelldienst

Zur Feier des Verfassungstages am 11. August ist von der Hamburger Oberschulbehörde ein großes Sportfest für Volks- und höhere Schulen angeordnet worden, an dem alle älteren Schüler teilzunehmen haben.

Die seit der Ausrufung des Belagerungszustandes in Bulgarien in Kraft gebliebene Pressezensur ist aufgehoben.

Man erwartet die Lösung der griechischen Regierungskrise durch die Bildung eines Kabinetts Kafandaris oder Michalakopulos.

Briand hat gestern nachmittag den englischen Botschafter, Lord Crewe, empfangen. Hierauf verhandelte er mit dem spanischen Botschafter und schließlich mit dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch.

Der König der Belgier hat gestern abend den Minister van de Vyvere zu sich berufen.

Wird Luther stecken bleiben?

Die parlamentarischen Schwierigkeiten des Rechtsblocks

Dem Kabinett Luther und den Parteien der Rechten, auf die sich Herr Luther mit seinen deutschnationalen Ministern stützt, geht die Basis mit Grundeis. Das muß selbst der „Berliner Lokal-Anzeiger" zugeben, so unangenehm es ihm auch ist. Vergeblich haben die Regierungsparteien versucht, durch Aufrollung der Verfassungsfrage und durch allerlei nebenher gehende Mätzchen die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit von den ihnen drohenden Schwierigkeiten abzulenken. Gerade bei dem Antrag auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses dürften sie zu allererst Fiasko erleiden, nachdem das Zentrum in der gestrigen Reichstagssitzung seiner Abneigung gegen diesen Ausschuß offiziell Ausdruck geben ließ. Mit der Zollvorlage hat es die Regierung bekanntlich brandeilig. Noch gestern abend fand eine Besprechung zwischen den Vertretern der Regierungsparteien und dem Reichskanzler statt, um ihr den Boden zu ebnen. Herr Luther hat offenbar inzwischen begriffen, daß auch diese Vorlage eine Klippe ist, an der er scheitern könnte. Es scheint, daß die Zollvorlage nicht so schnell verabschiedet werden wird, wie es ihm und seinen Freunden von der Großlandwirtschaft und Schwerindustrie lieb wäre. Auch das Aufwertungsgesetz macht ihnen noch immer viel zu schaffen. Die mit maßlosen Versprechungen geköderten Wähler lassen sich durch eine nur 25prozentige Erfüllung nicht von heute auf morgen beruhigen. Ihre berechtigte Empörung ist so groß, daß nach dem Hugenberg-Blatt sogar eine „Verschiebung der Grundlagen des Kompromisses hier und da" nicht ausgeschlossen sein soll. Ob das wieder nur ein Beruhigungspulver oder mehr ist, bleibt abzuwarten.

Vermehrt werden die Schwierigkeiten des Kabinetts Luther durch die Entwaffnungsnote und durch die Auseinandersetzungen über die Sicherheitsfrage. Nach Eintreffen der französischen Antwort auf die deutschen Vorschläge ist eine bestimmte Stellungnahme der Regierungsparteien vor Fortführung der Verhandlungen unvermeidbar. Man braucht aber nur einen Blick in die Rechtspresse zu werfen, um zu sehen, wie zuwider den Deutschnationalen die „pazifistische Verzichtspolitik" Stresemanns und Luthers ist. Man hatte bei der Regierung und in den Kreisen ihrer Drahtzieher offenbar gehofft, die innerpolitischen Entscheidungen treffen zu können, ehe man sich mit den erwähnten außenpolitischen Fragen abgeben müßte. Die Entente, die sich bisher reichlich Zeit gelassen hat, zeigt plötzlich dieselbe Eile wie Herr Luther bei seiner Zollvorlage, und so könnte es in der Tat leicht kommen, daß das Kabinett Luther zwischen diesen innenpolitischen und außenpolitischen Schwierigkeiten irgendwo stecken bleibt.

Deutschnationale Verzweiflung

Hergt über die verlorene Schlacht

Es hilft kein schwarzweißroter Rummel, weder draußen noch im Parlament, es hilft keine Reichsadlerkritik, keine Debatte über den 18. Januar als republikanischen Feiertag — es steht fest, daß die Deutschnationalen beim Volke völlig unten durch sind und, wenn es jetzt zu einer Neuwahl käme, eine katastrophale Niederlage erleiden würden. Wir teilten heute morgen mit, daß sich Graf Westarp in einer deutschnationalen Parteiversammlung in Charlottenburg nicht trotz Ankündigung seines Referats blicken ließ, was man mit Recht dahin auslegte, er wolle sich um die Verantwortung drücken. Hergt, der frühere Parteiführer der Deutschnationalen, zeigte mehr Courage, indem er in Görlitz seinen Wählern Rede und Antwort stand. Er schnitt dabei aber so schlecht ab, daß er bekennen mußte, er und seine Freunde hätten die Schlacht verloren. Der „Vorwärts" gibt über die Görlitzer Versammlung folgenden Bericht:

Die aus etwa 300 Personen bestehenden Zuhörer, in der Hauptsache deutschnationale Parteigänger, schienen keine Lust zu haben, sich nochmals einseifen zu lassen. Sie eröffneten am Schluß seines Vortrages ein Bombardement von Zwischenfragen, auf das der Redner eingehen mußte. In der Außenpolitik erklärte Hergt für seine Person (die Fraktion wolle er nicht festlegen) die Entwaffnungsnote für unannehmbar. In der Steuerpolitik habe seine Partei herausgeholt, was möglich war. Die Vermögenssteuer müsse noch mehr herabgesetzt werden. **In der Aufwertungsfrage könne**